

Kaiseraugst : wie weiter?

Autor(en): **Jäger, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585966>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kaiseraugst -

Mit dem Wort 'Kaiseraugst' ist heute weit mehr verbunden als der Name einer kleinen Ortschaft vor den Toren der Rheinstadt. Mit dem Wort 'Kaiseraugst' werden Emotionen, Ängste, Widerstände geweckt, aber auch Ueberheblichkeit, Machtgüste und eine Herr-im-Hause-Mentalität geschürt. Das AKW Kaiseraugst ist zum Fatal, zur schicksalhaften Wegkreuzung helvetischer Politik geworden. Dabei hat dieser symptomatische Turmbau einer nachindustriellen Gesellschaft als Entscheidungsthema - ähnlich wie das Thema Auf-, Vor- und Nachrüstung - längst die Leitplanken traditioneller politischer Entscheidungsstrukturen durchbrochen. Der Entscheid um Kaiseraugst wird zu einer Diskussion um unsere gesellschaftlichen Institutionen, um die Funktionsfähigkeit unserer direkt demokratischen Einrichtungen schlechthin.

Basisdemokratie - Referendumsdemokratie

Erinnern wir uns: Vor 1975 war Kaiseraugst innerhalb der etablierten politischen Institutionen (Parlamente und Regierungen) schlicht kein Thema. Nur einige wenige grüne Oppositionspolitiker gingen auf die Barrikaden. Sie wurden indes hochmütig und ohne viel Federlesens abgefertigt. Das Echo war minim. Doch 1975 änderte sich die Szene schlagartig. Die Basisdemokratie kam in Bewegung. Bürgerinitiativen, Bürgeraktionen, Demonstrationen, Geländebesetzungen - eine Bevölkerung begann sich zu wehren gegen einen grösstechnologischen Giganten, der als zusätzlicher Stromerzeuger für die Inlandversorgung völlig unnötig - als angeblich lukrativer Exportjoker dafür umso attraktiver - einer ganzen Region aufgezogen werden sollte.

Eine Lawine wurde ausgelöst. Politiker aller Schattierungen begannen nachzudenken, zu debattieren. Im Bundesparlament diskutierte man plötzlich tagelang

über das, was da in der Nordwestschweiz über Nacht geschehen war. In Basel begannen Regierungen und Parteien umzudenken. Sie schlugen sich auf die Seite der Bürgermehrheiten. Es gab Initiativen bzw. Gesetze und Abstimmungen darüber, die sich zu eindrücklichen, weil überwältigenden Manifestationen gegen den Bau des Atomkraftwerkes Kaiseraugst entfalteten. Die Basisdemokratie hatte in der Schweiz wieder einmal etwas in Bewegung gebracht, das Klima verändert.

Die Ohrfeige des Bundesrats

Die Energie-Demokratie erfuhr in der Folge eine Verwesentlichung: Abstimmungspakt zur Atominitiative im Frühling 1979, Referendum gegen die Atomgesetzgebung im gleichen Jahr, parlamentarische Behandlung eines neuen Energieverfassungsartikels (1981) und des Kaiseraugstentscheids (wahrscheinlich 1982 bis 1984).

Freilich, vor wenigen Wochen

folgte der Dämpfer. Nach wochenlangem peniblem Hin und Her bejahte der Bundesrat zuerst - entgegen der Mehrheitsauffassung der ihn beratenden Expertenkommission - den Nachweis des Inlandbedarfs für ein weiteres Atomkraftwerk nach Leibstadt. Die Werke Beznau I und II, Mühleberg und Gösgen - vier AKW im Betrieb - , ferner Leibstadt - ein weiteres AKW ab 1984 - und dann erst noch Kaiseraugst. Und das, obwohl man ja schon die Produktion von Gösgen (teilweise) und die von Leibstadt (vollumfänglich) ins Ausland wird exportieren müssen. Eine klare Verletzung also von Art. 3 des Atomgesetzes, wonach AKW nur bewilligt werden dürfen, wenn für sie ein entsprechender Inlandbedarf nachgewiesen werden kann.

Der Bundesrat hat sich mit der atomgesetzwidrigen Bedarfsbejahung selber die Grube gegraben, in die er nun vor wenigen Wochen zwangsläufig gefallen ist. Er gab grünes Licht für Kaiseraugst. Eine Belastungsprobe für unsere Demokratie und ein schwerer



Es wird wohl kaum noch einmal so weit kommen. Geländebesetzung 1975

wie weiter?

Schlag ins Gesicht der Wohnbevölkerung der ganzen Nordwestschweiz. Mehrere Male hat diese nämlich an der Urne abgestimmt und mit erdrückendem Mehr Nein gesagt. Kein Wunder, dass viele dieser Leute jetzt ihren Glauben an unsere direkte Demokratie verloren haben. Ich wollte, gewisse Herren könnten die zahlreichen Briefe lesen, die ich im Anschluss an den Bundesratsentscheid - zum Teil versehen mit retournierten Stimmausweisen - erhalten habe. "...auch wir müssen heute leider feststellen: es nützt ja doch alles nichts..." oder "...die in Bern machen ja doch, was sie wollen..." oder "...an eine Urne gehe ich nie mehr, ich werde mich anderweitig politisch betätigen...". Das etwa der Tenor in diesen Briefen.

Wie geht es weiter?

Am Ball ist jetzt das Parlament. Im Februar 1982 ist die unglückselige JA-Botschaft des Bundesrates zu erwarten. In der anschließenden Märzsession wird der Nationalrat - wahrscheinlich als erster - seine vorbereitende Kommission bestellen. Diese wird ihre Arbeiten möglicherweise im Winter 1982/83 abschliessen, so dass ein allfälliger JA- oder NEIN-Antrag in der Winter-session 1982 oder in der Frühlingssession 1983 zur Abstimmung kommen wird. Anschliessend wird das Geschäft 'Kaiseraugst' nach dem gleichen Vorgehen im Ständerat behandelt und möglicherweise im Winter 1983/84 verabschiedet werden. Der Entscheid des Erstrates wird also aller Voraussicht nach vor, der Schlussentscheid beider Kammern aber erst nach den Nationalratswahlen 1983 fallen.

Die Rolle der Bevölkerung

Eine Umfrage hat es gezeigt: nur eine Minderheit des Schweizervolkes (nämlich 29%) sagt ja zu Kai-

seraugst, eine Mehrheit sagt Nein (53%). Das Parlament, die Vertretung des Volkes, jedoch weicht von der Volksmeinung ab: es ist mehrheitlich für ein Ja - wenigstens noch vorläufig.

Doch der Einfluss des Volkes ist gross. Oppositionsbewegungen wie die gegen das AKW Kaiseraugst, die quer durch alle Schichten gehen, haben eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die Entscheidungen des Parlamentes. Diese Erfahrung habe ich immer wieder gemacht. An derart eindrücklichen Demonstrationen, wie jene Ende Oktober, oder jene die nächsten Jahr stattfinden werden, kommt kein Politiker vorbei. Ihre Manifestationskraft, ihre Intensität, ihr zahlenmässiger Umfang, ihre Ernsthaftigkeit werden letztlich darüber entscheiden, ob aus dem jetzt noch absehbaren knappen Ja des Parlaments zu Kaiseraugst doch noch ein Nein werden wird. Damit eine staatspolitische Krise abgewendet und - nicht zuletzt - ein Stück Vertrauen in unsere Demokratie zurückgewonnen werden kann.

Und ausserdem: Mitte Dezember sind zwei Volksinitiativen mit über 120'000 Unterschriften eingereicht worden. Die eine: Nein zu weiteren Atomkraftwerken nach Leibstadt. Die andere: Ja zu einer vernünftigen, umweltfreundlichen Energiepolitik. Es scheint mir schlicht undenkbar zu sein, dass unser Parlament angesichts dieser beiden neuen klaren und eindeutigen Volksbegehren einen Entscheid über Kaiseraugst fällen darf, bevor das Schweizervolk darüber abgestimmt haben wird.

Noch nie war es so entscheidend - und auch so erfolgversprechend - wie jetzt in diesem Fall, bei der Stange zu bleiben, um letztlich den Willen der Volksmehrheit gegen den Willen der Mächtigen durchzusetzen. Im Interesse nicht nur der demokratischen Idee, sondern auch einer zukunftsgerichteten Energiepolitik

Franz Jäger
Nationalrat
SES-Präsident.

Liebe SES-Mitglieder

Vor einem Jahr stellten wir an dieser Stelle die Frage, ob und wie die SES-Notizen umgestaltet werden sollten. Nun ist es so weit. Dies hier ist eine Doppel- und Uebergangsnummer. Ab nächstem Jahr wird unsere Zeitschrift in ansprechender Gestaltung und unter einem neuen Titel erscheinen. Umfang und inhaltlicher Aufbau werden ähnlich sein wie in dieser Nummer: Die bewährten Rubriken wollen wir beibehalten und erweitern: den aktuellen Leitartikel, die "Energieszene" mit kürzeren Informationen, das "Forum" für Leserbriefe und Debatten, "SES-intern" für Berichte aus unserer Organisation und "Lesenswertes" für Besprechungen und Hinweise auf Bücher und Publikationen.

Neu ist vor allem, dass nun mehrere Artikel verschiedener Länge in unserem Heft Platz finden: Originalbeiträge und Texte die woanders schon erschienen sind, aber uns wichtig scheinen. Auch das mögliche Themenspektrum ist dadurch breiter geworden. Was mit Energiepolitik im weiteren Sinn zusammenhängt, soll hier erscheinen können: vom allgemein interessierenden Fachartikel über persönliche Berichte und politische Beiträge bis hin zu philosophisch grundsätzlichen. Wir hoffen, dass nun, wo von Thema und Länge her nicht mehr so starre Grenzen gesetzt sind, auch Sie SES-Mitglieder vermehrt zum Inhalt unserer Zeitschrift beitragen werden. Bisher ist sogar das (im Platz allerdings beschränkte) Forum mangels interessanter Zuschriften mehrmals ausgefallen. Artikel und Buchbesprechungen (bei grösserem Aufwand wohl besser nach Absprache), Hinweise und Kommentare sind jederzeit willkommen.

Im Sommer dieses Jahres hat die UNO-Energiekonferenz in Nairobi die Aufmerksamkeit auf die Energiesorgen der Dritten Welt gelenkt. Hansjakob Baumgartner zitiert in seinem Artikel über die "Brennholzkrise", dass die Probleme dort oft noch brennender aber meist anders gelagert sind als bei uns.

Weilweit ist eine heftige Diskussion um die atomare Rüstung entbrannt. Auch die Schweiz muss sich hier betroffen fühlen, denn es wird immer deutlicher, dass sich zivile und militärische Atomtechnik nicht trennen lassen. Amory Lovins plädiert allein schon aus diesem Grund für die Abschaffung der Atomenergie (siehe Buchbesprechung Seite 22). André Gspöner vom Friedensforschungsinstitut in Genf belegt für uns in einem fundierten Fachartikel (Seite 14), dass auch die Fusionsforschung (die inzwischen einen recht grossen Anteil am schweizerischen Energieforschungsbudget hat) und Teilchenbeschleuniger (wie sie auch im CERN bei Genf und im SIN bei Villigen stehen), die Weltverbreitung von Kernwaffen fördern. Das Interview mit dem Erfinder der Neutronenbombe (Seite 20) verdeutlicht auf erschreckende Weise, zu was bormierte Wissenschaftler unter besonderen Umständen mit ihrer gewissenlosen Sachlichkeitsideologie fähig sein können.

Ruggero Schleicher